

Dudek, Peter

Gesamtdeutsche Pädagogik im Kalten Krieg? Der V. Pädagogische Kongreß 1956 und seine Folgen für die DDR-Pädagogik

Die Deutsche Schule 85 (1993) 1, S. 63-83



Quellenangabe/ Reference:

Dudek, Peter: Gesamtdeutsche Pädagogik im Kalten Krieg? Der V. Pädagogische Kongreß 1956 und seine Folgen für die DDR-Pädagogik - In: Die Deutsche Schule 85 (1993) 1, S. 63-83 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-311686 - DOI: 10.25656/01:31168

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-311686>

<https://doi.org/10.25656/01:31168>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

85. Jahrgang 1993 / Heft 1

Hasso von Recum

Noch einmal: Schule im sozialkulturellen Wandel

Eine Replik

In Heft 4/92 dieser Zeitschrift hatten Achim Leschinsky und Wulf Hopf Einwände zu einem Beitrag von Hasso von Recum formuliert in dem dieser aus dem deutlichen Wertewandel unserer Gesellschaft(en) Folgerungen für die Erziehungsziele der Schule abzuleiten versuchte. Der Autor setzt sich hier mit den Argumenten seiner Kritiker auseinander.

Reinhard Hoffmann

Für eine stärkere Autonomie der Schule

Thesen zur pädagogischen Schulentwicklung

Die Bremer „Ampel“-Koalition hatte u.a. vereinbart, daß den Schulen ein größeres Maß an Autonomie zugestanden werden soll. Der Bremische Staatsrat für Bildung und Wissenschaft hat dazu in Thesenform dargelegt, wie dieses Ziel umgesetzt werden könnte. Einige Vorschläge gehen über das hinaus, was derzeit in anderen Bundesländern hierzu geplant oder bereits Realität ist. Bildungstheoretische, bildungspolitische, administrative und rechtliche Aspekte dieses Programms werden erörtert. Die „Deutsche Schule“ wird die Diskussion dieser Thesen in den nächsten Heften dokumentieren.

Joachim Rumpf

Schule ohne Pädagogik?

Über die pädagogische Arbeit an Gymnasien

23

Schulunlust und Suchtverhalten von Schülerinnen und Schülern gaben an einem Gymnasium Anlaß, daß Eltern sich mit der Erziehungsaufgabe der Schule befaßten. Die Gespräche mit Experten führten zu der Einschätzung, daß viele „Pädagogen“ ihrer erzieherischen Funktion nicht gerecht werden – es teils gar nicht wollen, teils dafür nicht genug ausgebildet sind. Auf verschiedenen Ebenen sollte und könnte dem abgeholfen werden.

Willibald Papesch

Über den Umgang mit „schwierigen“ Schülerinnen und Schülern
Beobachtungen und Deutungen über Extremismus im Schulalltag 32

Extremistische Verhaltensweisen von Schülerinnen und Schülern machen vielen Lehrerinnen und Lehrern tagtäglich erhebliche Schwierigkeiten. Wer die Ursachen nicht (allein) in allgemeinen politischen Bedingungen sucht, sondern sich mit den einzelnen Fällen auseinandersetzt, wird solche Jugendliche besser verstehen. Notwendig ist es allerdings, die verfügbaren Kräfte auf die Arbeit mit solchen (und anderen) Jugendlichen zu konzentrieren.

Bernd Hackl

Die Schule – (k)ein Ort zum Lernen?

Ein kritisch-psychologischer Blick auf eine Institution und ihr
Innenleben 42

Entgegen der landläufigen Unterstellung, daß Schülerinnen und Schüler zum Lernen motiviert sein müßten, wird diese Intention durch Zwänge und Rituale, wie sie der gängigen Schulstruktur eigen sind, eher behindert. Bedeutsam kann schulisches Lernen erst dann erscheinen, wenn die Lernenden aus den Sachen und der Art, wie Lehrende damit umgehen, Anregungen für ihre eigene Entwicklung erfahren, wenn sie „partizipativ“ (Holzkamp) lernen können.

Helmut Heid

Lernfähigkeit – eine Voraussetzung erfolgreichen Lernens?

Implikationen des pädagogischen Interesses an Lernfähigkeit 52

Daß Menschen lernen können, zeichnet sie als Gattung aus, daß es dabei Unterschiede zwischen Individuen gibt, wird weithin als selbstverständlich genommen. Aber inwieweit sind diese Unterschiede wirklich grundlegend und unveränderlich, rechtfertigen sie den Abbruch der Lehr-Bemühungen? Wird nicht den Lernenden zugeschrieben, was (vielleicht) nur begrenzte „Lehr-Fähigkeit“ ist?

Peter Dudek

Gesamtdeutsche Pädagogik im Kalten Krieg?

Der V. Pädagogische Kongreß 1956 und seine Folgen für die
DDR-Pädagogik 63

Daß sich in den beiden deutschen Staaten gänzlich verschiedene Bildungssysteme entwickelt haben, lag nicht von Anfang an in der Absicht derer, die nach 1945 das Bildungswesen gestaltet haben. Noch bis zur Mitte der 50er Jahre bemühten sich die SED und die Pädagogen der DDR um ihre westdeutschen Kollegen, die sich im „Schwelmer Kreis“ organisiert hatten. Erst mit dem V. Pädagogischen Kongreß (1956) wurde eine strikte Abgrenzung gegenüber Westdeutschland eingeleitet. Diese Entwicklung und die Bedeutung verschiedener Pädagogen werden hier in einem geradezu spannenden Bericht mit vielen Details nachgezeichnet.

Margret Kraul und Rita Wirrer

Die Einführung der Koedukation: pädagogische oder pragmatische Begründung?

84

In den 50er und 60er Jahren hat sich auch im höheren Schulwesen der Bundesrepublik die Koedukation weitgehend durchgesetzt. Im Kontext der neueren Koedukations-Debatte stellt sich die Frage, wie dieser scheinbar selbstverständliche Prozeß eigentlich vollzogen wurde. Am Beispiel des Landes Rheinland-Pfalz und der Zusammenlegung einer Jungen- und einer Mädchenoberschule in Neuwied wird fraglich, ob dabei pädagogische Ziele im Vordergrund gestanden haben.

Reinhold Hedtke

Die Umweltkrise in der Lehrerfortbildung

98

Nach bildungspolitischen Absichtserklärungen soll die Umweltproblematik in den Schulen eine wichtige Rolle spielen. Wenn man sich jedoch ansieht, in welcher Weise dies bisher in der Lehrerfortbildung umgesetzt ist, dann scheint diese sich selbst in einer Krise zu befinden. Die Angebote müssen als zu knapp, zu kurz, zu unpolitisch und fachlich einseitig bezeichnet werden. Erhebliche Anstrengungen sind notwendig!

Helmut Faust

Schilf-Boom

Sammelrezension über neuere Publikation zur Lehrerfortbildung 108

In der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sehen viele Reformer einen entscheidenden Ansatz zur Entwicklung und Gestaltung der Schule – auch viele Betroffene selbst versprechen sich – mit Recht – viel davon, den eigenen Arbeitsplatz zu verbessern. Zahlreiche Veröffentlichungen geben Anregungen und/oder ziehen Bilanz – die Sammelbesprechung versucht, Überblick zu gewinnen.

Neuerscheinungen:

119

- Jörg Ramseger: Was heißt „durch Unterricht erziehen“?
- Frank-Michael Kuhleemann: Modernisierung und Disziplinierung
- Eva Matthes: Von der geisteswissenschaftlichen zur kritisch-konstruktiven Pädagogik und Didaktik
- Helmwart Hierdeis und Theo Hug: Pädagogische Alltagstheorien und wissenschaftliche Theorien
- Dietrich Hoffmann (Hg.): Bilanz der Paradigmendiskussion in der Erziehungswissenschaft
- Susanna Bews: Integrativer Unterricht in der Praxis
- Alexandra Ortner, Reinhold Ortner: Verhaltens- und Lernschwierigkeiten
- Dieter Nittel: Gymnasiale Schullaufbahn und Identitätsentwicklung
- Hans Peter Nolting und Peter Paulus: Pädagogische Psychologie
- Felix Winter: Schüler lernen Selbstbewertung
- Eiko Jürgens: Leistung und Beurteilung in der Schule

Peter Dudek

Gesamtdeutsche Pädagogik im Kalten Krieg?

Der V. Pädagogische Kongreß 1956 und seine Folgen für die DDR-Pädagogik

1. Einleitung

In der Bildungsgeschichte der DDR waren die neun Pädagogischen Kongresse wichtige öffentliche Foren zur politisch-pädagogischen Orientierung der Lehrerschaft, für das Selbstverständnis der wissenschaftlichen Pädagogik und die Schulpolitik der SED. Den IX. und letzten Kongreß im Juli 1989 kann man nach dem Zusammenbruch der DDR aber konsensfähig als Manifestation einer realitätsfremden Position beschreiben, die das Scheitern der DDR-Schule nicht zur Kenntnis nehmen konnte. Die Frage, ob diese Entwicklung zwangsläufig war, soll an dieser Stelle jedoch nicht diskutiert werden, schon weil solche Fragen gegenwärtig befriedigend noch nicht beantwortet werden können.

Ich möchte mich einem anderen Aspekt der deutsch-deutschen Pädagogik-Geschichte zuwenden, nämlich der bislang wenig erhellten Frage nach den *Bemühungen um eine gesamtdeutsche Pädagogik während des Kalten Krieges*. Im Rahmen eines Aufsatzes bietet sich dafür weniger eine historisch-systematische als eine exemplarische Vorgehensweise an. Der V. Pädagogische Kongreß 1956 ist hierfür ein Beispiel, das nicht nur die Ambitionen der DDR um eine künftige gesamtdeutsche Pädagogik dokumentiert, sondern an dem man auch lernen kann, *wie sich die politische Formierung der DDR-Pädagogik unmittelbar danach in der „Revisionismus“-Kampagne vollzog*. Ich diskutiere im folgenden den Kongreß also vor dem Hintergrund seiner gesamtdeutschen Perspektive und seiner innerdisziplinären Folgen, bei der ich an dieser Stelle die deutschlandpolitischen Kontexte ausblenden muß (Dudek 1993), aber dafür die westdeutschen Bündnispartner der DDR-Pädagogik in den Blick nehme: Die im sogenannten „*Schwelmer Kreis*“ lose zusammenarbeitenden Pädagogen aus beiden Teilen Deutschlands.¹

1949, da sind sich west- und ostdeutsche Geschichtsschreibung einmütig einig gewesen, war es der *IV. Pädagogische Kongreß in Leipzig*, der eine entscheidende Zäsur setzte, indem er die DDR-Pädagogik und die sozialistische Schule verpflichtete. Die erste und einzige gesamtdeutsche Kultusministerkonferenz in Hohenheim war ein Jahr zuvor gescheitert (Overesch 1980), und sie signalisierte schon die pädagogische Spaltung vor der politischen (Anweiler 1991). Dennoch hielt die DDR-Pädagogik mit ihrer Staatsführung während der fünfziger Jahre zunächst an der Perspek-

¹ Eine identifikatorisch verfaßte Geschichte des Kreises liefern Himmelstein/Kluthe (1977) und Heinemann/Kluthe (1979).

tive der raschen Wiedervereinigung und später an dem Modell der politischen Konföderation fest. Paul Wandel, Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, sah es 1949 sogar als „nationale Erziehungsaufgabe“ an, „die Erkenntnis von der Notwendigkeit der nationalen Einheit zu verbreiten und den Willen zum nationalen Zusammenschluß in einem einheitlich demokratischen Staat zu pflegen“ (Ministerium 1949, S. 4). Mit viel Aufwand und wenig Erfolg versuchte die DDR während der fünfziger Jahre, diese Politik in die Praxis umzusetzen. Ihrem Aufruf „Deutsche an einen Tisch“ folgten jedoch nur wenige westdeutsche Pädagogen.

2. Die Vorgeschichte

Das bevorzugte Mittel der DDR, nationale Verbundenheit zu demonstrieren, war die *Durchführung gesamtdeutscher Tagungen* von Lehrern, von Erziehungswissenschaftlern und anderen Berufsgruppen – das gemeinsame Gespräch. Diese Veranstaltungen hatten jedoch nie rein fachlichen Charakter, sondern thematisierten immer die zwei, für die DDR entscheidenden politischen Themen, nämlich die rasche Wiedervereinigung und die militärische Integration der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis. Die damit verbundene Angst vor einem dritten Weltkrieg war auch eines der Motive ehemaliger Mitglieder des „Bundes Entschiedener Schulreformer“ aus beiden deutschen Staaten, sich Ostern 1952 zu einem gesamtdeutschen Diskussionsforum zusammenzuschließen: dem Schwelmer Kreis.

Auf Initiative *Fritz Hellings*² trafen sich im April 1952 ca. 70 Pädagogen aus beiden deutschen Staaten, um über „die Verantwortung der Pädagogen in der Ost-West-Spannung, die Erziehung der Jugend zu Frieden und Demokratie und ihre Möglichkeit zu einer Zusammenarbeit der Pädagogen in beiden Teilen Deutschlands“ zu beraten (Schwelmer Kreis 1967, S. 1). Eingeladen hatten 8 westdeutsche Pädagogen, nämlich Josef Antz (PH Bonn), Nikolaus Ehlen, Adolf Hasseberg (PH Lüdenscheid), Fritz Helling, Otto Koch, Ernst Matthias, Josef Müller und Walther Vontin. Die Einladungen zu dieser Tagung ergingen persönlich, da sie als ein vertrauensvolles Gespräch geplant war, an dem „auch einige Freunde aus dem Osten als inoffizielle Gäste gebeten werden“³. Aus der DDR nahmen schließlich neben Paul Oestreich vorwiegend ehemalige Mitglieder des „Bundes Entschiedener Schulreformer“ an der Gründungsversammlung teil, nämlich Gertrud Rosenow, Paul Thomae, Otto Tacke, Leo Regener und Martin Weise.

Ein Ergebnis ihrer Beratungen war der in einer Auflage von 5000 Exemplaren verbreitete „*Aufruf deutscher Pädagogen*“. Er war politisch kaum exponiert, sondern eher ein allgemein gehaltenes pädagogisches Manifest mit dem Bekenntnis zur christlichen, humanistischen und sozialistischen Bildungstradition, das sich gegen eine Pädagogik „vom Kinde aus“ wandte,

² Zu Werk und Biographie Hellings vgl. Eierdanz/Heinemann (1988); Dudek (1993).

³ Einladung zur Ostertagung 1952. In: Nachlaß Rosenow Archivnummer 25/26 (i. f. Archivnummer = AN).

das Lernen und Üben unter der Führung des Lehrers betonte und soziale Forderungen wie die nach Beseitigung der Schulraumnot mit einem Appell an die Lehrerschaft verband, „die Einheit Deutschlands zu unterstützen“. Schon dieses erste Dokument des Schwelmer Kreises gibt Aufschluß über sein Selbstverständnis und die pädagogischen Traditionslinien, in denen man sich sah und auf die eine künftige gesamtdeutsche Pädagogik sich gründen sollte.

„In der entscheidungsschweren Zeit, in der sich die widernatürliche Spaltung Deutschlands vertieft, bekennen wir uns als deutsche Pädagogen zur Einheit unseres Vaterlandes. Fichte, Fröbel, Diesterweg und viele andere deutsche Erzieher sind in der Vergangenheit für diese Einheit eingetreten. Wir sind die Hüter ihres Vermächtnisses.“⁴

1954 publizierte der Schwelmer Kreis dann einen weiteren *Aufruf* „an die deutsche Lehrerschaft“, der in der Diktion ähnlich wie die anderen Resolutionen gehalten war. Vor allem vermittelte er dem Leser den Eindruck, die Ost-West-Gespräche basierten auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Beteiligten, sie seien so etwas wie ein herrschaftsfreier Diskurs, der gegenseitige Offenheit für Lernprozesse ermögliche, wenn erst der Wille dafür vorhanden sei. Es ist aus der zeitlichen Distanz erstaunlich, daß politisch aktive Pädagogen entweder so gründlich die politischen Rahmenbedingungen, die diese Gespräche a priori belasten mußten, negierten oder aber ihre Adressaten für politisch so naiv hielten, zu glauben, allein ehrlicher Wille und das gemeinsame Gespräch bzw. der Appell an die Verantwortung könnten politik- und interessenüberwindende Kräfte freisetzen.

„In beiden Teilen unseres Vaterlandes sind die Pädagogen zu der gleichen Aufgabe berufen. Reichen wir uns deshalb als Lehrer und Erzieher der deutschen Jugend die Hand! Überwinden wir das jahrelang genährte Mißtrauen gegeneinander! Wagen wir es, zusammenzukommen und miteinander zu sprechen! Helfen wir uns gegenseitig, uns einander überhaupt erst wieder verständlich zu machen! Es gilt vor allem, die pädagogische Arbeit, die hüben und drüben geleistet worden ist, durch sachliche Berichterstattung und persönlichen Erfahrungsaustausch besser kennenzulernen, auf beiden Seiten auch das Gute zu sehen und vorurteilsfrei zu bejahen.“⁵

Die organisatorische Entwicklung des Schwelmer Kreises war von Beginn an beeinflußt durch die *politischen Spannungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR*. Sie zwangen die Beteiligten dazu, den Kreis faktisch in einen ost- und westdeutschen Zweig zu untergliedern, denen der gemeinsame Arbeitsausschuß vorstand. Beide Zweige kannten keine formale Mitgliedschaft. In der Regel wurde man durch persönliche Ansprache um Mitarbeit gebeten, getreu der großen Vision, die deutschen Lehrer „zu einem Bund der gläubig Hoffenden zu vereinigen“ (Helling 1954, S. 15). In der ihm eigenen Sprache hat Paul Oestreich auf der Ostertagung 1954 in Eisenach die Zeitdiagnose des Kreises zusammengefaßt.

⁴ „Aufruf deutscher Pädagogen 1952“, Privatarhiv P. Dudek.

⁵ „An die deutsche Lehrerschaft“. In: Der Pflüger 3 (1954), S. 185.

„Deutschland äußerlich zerrissen, aber das wahre Deutschland kämpft gegen neuen Nazismus, neuen, schlimmeren Militarismus, neuen Faschismus. Alle Kultur ist bedroht in der Zeit der Atombombenexperimente, des kapitalistischen Hetzfeldzuges gegen den Osten... Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Weg und Wille sind klar: Erlösung der Menschheit von der Teufelei der Herrschaft, des Krieges, der Ausbeutung, des Hasses; Hinführung zu den Methoden der Liebe, der Güte, der Verhandlung“ (Oestreich 1954, S. 52 f.).

In diesem Sinne verstand der Kreis sich anfangs als ein Anreger, aber nicht als Ersatz für eine enge gesamtdeutsche Zusammenarbeit der Pädagogen und ihrer Lehrerverbände. Seine Aufgabe sah er in den ersten Jahren dann als beendet, wenn es ihm gelänge, „die gewählten Vertreter der Pädagogen aus beiden Teilen Deutschlands zu gemeinsamen Gesprächen und vor allem zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen“ (Drefenstedt 1956, S. 958). Auf DDR-Seite wurde in diesem Zusammenhang dem Schwelmer Kreis eine politisch-strategische Bedeutung beigemessen, die er in der Bundesrepublik nie erreicht hatte. Der Kreis sollte im Umfeld des Kulturbundes als Multiplikator für die deutschlandpolitischen Vorstellungen der DDR genutzt werden. Wegen der oft eigenwilligen Vorstellungen Hellings und seines Mitstreiters Walter Kluthe ist diese Zusammenarbeit aber nicht immer frei von Reibungen gewesen.

Aus den vorliegenden Quellen lassen sich solche *Differenzen zwischen dem west- und ostdeutschen Zweig des Kreises* erkennen, und es ist keineswegs gesichert, daß seine westdeutschen Mitglieder das Ausmaß der Versuche politischer Einflußnahme durch die SED durchschauten. Ähnlich gilt dies auch für manche ostdeutsche Repräsentanten des Kreises. Gesichert jedoch ist, daß der Kreis „die Unterstützung der Regierung der DDR fand“ (Heidenreich 1978, S. 85). Schon von Beginn an koordinierten führende Ost-Swelmer ihre Schritte jeweils mit den zuständigen Stellen der SED oder handelten, wenn es z. B. um öffentliche Stellungnahmen gegen die Politik der Adenauer-Regierung ging, im „Auftrag des ND“⁶ oder „im Auftrage der Partei“.⁷

Die *politische Aufwertung des Schwelmer Kreises durch die DDR-Politprominenz* fiel in eine Phase, in der die DDR auf verschiedenen Ebenen versuchte, einerseits die Bundesrepublik in die faschistische Tradition der deutschen Geschichte zu stellen, andererseits für ihre Wiedervereinigungspläne im Westen zu werben. Für die DDR-Regierung wurde die Situation 1953 schon deshalb prekär, weil der Flüchtlingsstrom in diesem Jahr sich mit ca. 400 000 Bürgern mehr als verdoppelte. Nachdem die 16. ZK-Tagung der SED im September 1953 erneut eine gesamtdeutsche Beratung für die Wiedervereinigung vorgeschlagen hatte, beschloß der Ministerrat am 7. 1. 1954 die Bildung des „Ausschuß für Deutsche Einheit“. Kurz danach, auf einer Sitzung des Sekretariats des ZK der SED vom 27. 1. 1954, beschlossen die anwesenden Fred Oelssner, Karl Schirdewan, Erich Mückenberger,

⁶ Brief Tacke an Oestreich v. 5. 12. 53. In: Oestreich-Archiv. ND= Neues Deutschland.

⁷ Brief Tacke an Oestreich v. 29. 3. 54. In: Oestreich-Archiv.

Paul Wandel und Gerhart Ziller – die fast alle 1958 als Gegner Ulbrichts politisch entmachtet wurden – laut Punkt 15 des Protokolls die „Aktivierung der Arbeit des Schwelmer Kreises“ durch die politischen Instanzen der DDR. Dort heißt es unter anderem zu den Plänen der SED:

„Die Genossen im gesamtdeutschen Arbeitskreis der Pädagogen (Schwelmer Kreis) werden beauftragt, zur Verbesserung und Aktivierung der Arbeit des gesamtdeutschen Arbeitskreises für die Durchführung folgender Maßnahmen zu sorgen:

1 a) Einberufung einer gesamtdeutschen Tagung der Erzieher während der Osterferien 1954. Diese gesamtdeutsche Tagung hat das Ziel, die Vorschläge der Regierungserklärung vom 25. November 1953 auf schulpolitischem Gebiet zur Anwendung zu bringen.

1 b) Bildung einer gesamtdeutschen wissenschaftlichen Gesellschaft für Pädagogik.

1 c) Erweiterung des gesamtdeutschen Arbeitskreises der Pädagogen vor allem in Westdeutschland durch Hinzuziehung von hervorragenden Jugendschriftstellern, Jugend- und Kinderbuchverlagen sowie bedeutenden Vertretern aus den Gebieten der Sozialpflege, der Jugendgerichtsbarkeit, der Schulmedizin und der Volksschulerziehung.

1 d) Der Erweiterte gesamtdeutsche Arbeitskreis setzt sich für die uneingeschränkte Verbreitung aller Kinder- und Jugendbücher ein, mit Ausnahme solcher Bücher, die den Krieg als unvermeidlich hinstellen und Haß gegen andere Völker schüren.

2 a) Überall in Westdeutschland werden Studienzirkel zum Studium aktueller Fragen der Erziehung und Bildung gebildet. Ihre Hauptaufgabe ist die Organisation von Studiendelegationen in die Deutsche Demokratische Republik und deren Auswertung in der Presse und in Vorträgen. Zu dieser Arbeit sollen Pädagogen, Lehrer, Erzieher, Jugendschriftsteller, Schulmediziner, Mitarbeiter der Sozialpflege und Jugendgerichtsbarkeit und Eltern herangezogen werden.

2 b) Die Genossen im Ministerium für Volksbildung, im Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung und im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend werden beauftragt, westdeutsche Grundschulklassen und Gruppen westdeutscher Lehrer und Eltern zum Besuch historischer Stätten in der Deutschen Demokratischen Republik und für Ferienwanderungen einzuladen.

3) Durch den gesamtdeutschen Arbeitskreis der Pädagogen wird ab 1. 1. 1954 die Monatsschrift „Schule und Nation“ herausgegeben. Sie soll, ausgehend von den Fragen der Erziehung und Bildung, zum erfolgreichen Kampf gegen die Kriegsverträge und für die friedliche Lösung der deutschen Frage beitragen. Die Kontrolle der Zeitschrift ist durch ein gesamtdeutsches Redaktionskollegium gewährleistet.

4) Zur Koordinierung der gesamtdeutschen Arbeit auf dem Gebiet der Jugenderziehung wird in Berlin ein zentrales Koordinierungsbüro eingerichtet, das eng mit dem Ministerium für Volksbildung, dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut und den demokratischen Massenorganisationen zusammenarbeitet. Als Leiter des Büros und als Sekretär des Schwelmer Kreises in der Deutschen Demokratischen Republik wird der Genosse Fritz Heidenreich bestätigt.

5) Die Genossen im Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die bereits in Westdeutschland erscheinende Zeitschrift „Der Pflüger“ in eine periodische Zeitschrift für die Fragen der Gewerkschaft und des Kampfes für die sozialen Forderungen der Lehrer und Erzieher umgewandelt wird.

6) Genosse Wandel wird beauftragt, mit den zuständigen Ministerien die finanziellen Fragen zu klären.“⁸

Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß der Kreis seine Oster-tagungen zwischen 1954 und 1959 als Großveranstaltungen mit Beteiligung von Pädagogen aus Ost und West in der DDR abhalten konnte. Dort diskutierte man über den humanistischen Auftrag der deutschen Pädagogen (1954), die pädagogische Verantwortung für die deutsche Jugend (1955) und über die Perspektiven der deutschen Schule in Ost und West (1959).

3. Der Kongreß und seine Vorbereitung

Das wichtigste Indiz für die Aufwertung des Schwelmer Kreises in der DDR war die Beteiligung seiner führenden Repräsentanten an der *Vorbereitung und Durchführung des V. Pädagogischen Kongresses vom 14. bis 18. Mai 1956 in Leipzig*.⁹ Vom Oktober 1955 bis Mai 1956 standen der Kongreß und seine Vorbereitung im Mittelpunkt der Arbeiten des Schwelmer Kreises. Seit Sommer 1955 hatten sowohl sein Ostberliner Koordinationsbüro unter Fritz Heidenreich als auch der Direktor des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ (DPZI), Werner Dorst, in Briefen an führende Mitglieder des Schwelmer Kreises für deren Beteiligung an der thematischen Vorbereitung des Kongresses geworben.¹⁰ Interessiert war die DDR-Seite vor allem an Einschätzungen über den Stand der inneren Schulreform in der Bundesrepublik, von der Dorst glaubte, sie sei als Ablenkungsmanöver jener Kreise gedacht, die ein egalitäres Einheitsschulsystem zu verhindern suchten. In einem Antwortschreiben Walter Kluthes heißt es dazu eher skeptisch:

In der Bundesrepublik ist ohne Zweifel sehr viel fortschrittliches Bemühen der Lehrer festzustellen, in einem Umfang, den ich nicht ganz übersehe. Ich glaube auch, daß Sie für Ihre Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik sehr viel Nutzen aus einem Studium dieser Bemühungen ziehen könnten. Aber es ist erschreckend festzustellen, wie wenig noch diese Bemühungen in Verbindung mit der Lösung der nationalen und sozialen Fragen unseres Volkes und der Erhaltung des Friedens gesehen werden. Hier gibt es sicher gute Möglichkeiten für einen Erfahrungsaustausch der Pädagogen in ganz Deutschland. Bei den Ablenkungsmanövern sind nach meiner Ansicht weniger vom Ausland eindringende Einflüsse erfolgreich, als vielmehr jene, die unter dem Deckmantel der Fortschrittlichkeit an die deutschen Erziehungstheorien der letzten fünfzig Jahre anknüpfen.“¹¹

Diese Strategie der Einbindung des Schwelmer Kreises in die Kongreßvorbereitungen barg durchaus auch Risiken in sich, da sie zumindest intern kritische Einreden zulassen mußte. Man kann die Beteiligung der Schwelmer

⁸ Protokoll Nr. 3/54 der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 27. Januar 1954 Bl. 11 ff. In: IfGA – ZPA J IV 2/3/415.

⁹ In die folgenden Passagen sind Teile meines Buches zur Geschichte des Schwelmer Kreises eingearbeitet (Dudek 1993).

¹⁰ Vgl. die Briefe von Dorst an Mitglieder des Schwelmer Kreises. In: APWA-DPZI, AN: 1412 (Bd.2).

¹¹ Brief Kluthe an Dorst v. 6. 11. 55. In: Ebd.

am Kongreß paradoxerweise gerade als ein Exempel dafür lesen, wie brüchig schon das Fundament einer gesamtdeutschen Pädagogik gewesen war. Denn bei aller patriotischen Rhetorik und der Rede von der Wiedervereinigung setzte die DDR konsequent auf die Konsolidierung und den Ausbau ihres eigenen Bildungssystems, während sie das Schulsystem der Bundesrepublik von „klerikalfaschistischen“ Einflüssen durchdrungen sah, für die in einem wiedervereinigten Deutschland kein Platz sein könne.

Diese Position war keineswegs eine neue Variante der DDR-Sichtweise, denn bereits auf dem IV. Pädagogischen Kongreß 1949 machte Paul Wandel sie unmißverständlich deutlich. Schon damals überwogen in seiner programmatischen Rede die Bekenntnisse zur nationalen politischen und kulturellen Einheit und er erklärte damals zur nationalen Erziehungsaufgabe der Deutschen, „sich mit dem Willen zu erfüllen, die monopolkapitalistischen und junkerlichen Kräfte des Krieges zu entmachten, sich zu befähigen, eine neue demokratische Ordnung, eine wirkliche Volksherrschaft zu schaffen und zu sichern“ (Ministerium 1949, S. 4). Das, was Mitte der fünfziger Jahre dann als das Konzept einer patriotischen Erziehung von der DDR-Pädagogik diskutiert wurde, trug schon seit Ende der vierziger Jahre starke antieuropäische und antiamerikanische Züge. Es verstieg sich nicht nur zu dem Verdacht, die USA bereiteten einen Angriffskrieg gegen die UdSSR vor, sondern auch zu der Klage, es sei ihre politische Strategie, „durch fragwürdige ‚kulturelle‘ Importartikel aus Übersee unsere Jugend einer wirklich guten nationalen deutschen Kultur zu entfremden... (und) mit den raffiniertesten Mitteln, mit dem größten Aufwand von Betrug und Förderung jeder Form von Korruption... das Nationalgefühl in unserem Volke, in unserer Jugend“ zu zerstören (Ministerium 1949, S. 7). Die nationale Thematik war in der DDR-Pädagogik also schon seit Ende der vierziger Jahre präsent, und sie sollte auf dem V. Pädagogischen Kongreß ihren Höhepunkt erreichen.

Doch schon die kontroverse Debatte über die im Vorfeld veröffentlichten Thesen (s. u.) zeigte, daß manche westdeutschen „Schwelmer“ auf solche Einbahnstraßen-Optik mit scharfer Kritik reagierten – ganz zu schweigen von den westdeutschen Lehrerverbänden, die den gesamtdeutschen Offeren aus der DDR ablehnend gegenüberstanden. „Auf Grund der heftigen Diskussionen“¹², welche die Thesen ausgelöst hatten, tagte der gemeinsame Arbeitsausschuß am 27. und 28. 12. 1955 in Berlin, um die Möglichkeiten einer Annäherung der Standpunkte und der Kongreßteilnahme zu sondieren.

Der ursprünglich für August 1955 vorgesehene Kongreß wurde schon im Frühjahr durch das Sekretariat des ZK der SED aus deutschlandpolitischen Erwägungen verschoben (Weber 1991, S. 72 f.). Der dann für Oktober 1955 anvisierte Termin mußte nochmals verschoben werden. Intendiert war der Kongreß seitens der SED als *eine große Manifestation gesamtdeutscher Pädagogik*. Denn nach dem Scheitern der Berliner Außenministerkonferenz im Februar 1954 und der Anerkennung der Souveränität der DDR durch die

¹² Einladung zur Sitzung des Arbeitsausschusses durch Fritz Helling. In: Nachlaß Rosenow, AN: 25/26.

UdSSR im März 1954 erklärte der IV. Parteitag der SED im April 1954 u. a. den Kampf für eine rasche Wiedervereinigung zur wichtigsten Aufgabe. Bildungspolitisch forderte der Parteitag: „Macht unsere Schule in jeder Hinsicht zum Vorbild für die Schule eines künftigen, geeinten, friedliebenden und demokratischen Deutschlands!“ (Lange 1955). Genau diesen Anspruch sollte der V. Pädagogische Kongreß öffentlich demonstrieren, obwohl es auch aus den Reihen der DDR-Pädagogen Skepsis über die Erfolgsaussichten einer solchen Strategie gab.¹³

Aus zwei Gründen verschoben dann die Veranstalter, das Ministerium für Volksbildung und die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, den Kongreß kurzfristig noch einmal auf das Frühjahr 1956. Zum einen, so Volksbildungsminister Lange, war im Oktober 1955 der 2. Fünfjahresplan noch nicht verabschiedet worden, zum anderen wollte man mit der Verlegung in die Ferienzeit die Teilnahme westdeutscher Lehrer ermöglichen und ihnen genügend Zeit einräumen, sich mit den Thesen zum Kongreß zu beschäftigen. Gemessen an den Ambitionen der DDR-Führung, westdeutsche Pädagogen auch über den Schwelmer Kreis hinaus in das Kongreß-Szenario einzubinden, waren die Bemühungen imponierend, die Ergebnisse eher mager. Im Vorfeld schrieb Fritz Lange noch selbstbewußt:

„Entsprechend der Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der jüngsten Beschlüsse der Volkskammer ... ist es ein Hauptanliegen des V. Pädagogischen Kongresses, die gemeinsamen pädagogischen Grundlagen herauszuarbeiten, auf denen die Lehrer in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik im Interesse des Volkes und der heranwachsenden Jugend ihre Erziehungs- und Bildungsarbeit zu leisten haben... Der V. Pädagogische Kongreß ist die Repräsentation der fortschrittlichen Lehrer ganz Deutschlands. Deshalb müssen auf ihm auch die Vertreter der demokratischen westdeutschen Lehrerschaft zu Wort kommen und ihre fortschrittlichen Bemühungen beachtet und ausgewertet werden“ (Lange 1955a, S. 1).

Das bedeutete faktisch eine *gewaltige politische Aufwertung des Schwelmer Kreises* und seiner Anhänger, die von Beginn an als einzige westdeutsche Organisation in die Kongreßvorbereitungen einbezogen und dort zahlreich präsent waren. Auch psychologisch war dies für den Kreis eine wichtige Unterstützung, da man seinen Anhängern so das Gefühl gab, sie seien die „Bannerträger der künftigen demokratischen Schule in einem geeinten friedliebenden Deutschland“ (ebd.) und sie würden als gleichwertige Partner bei der Gestaltung der neuen gesamtdeutschen Pädagogik ernstgenommen.

Die pädagogische Geschichtsschreibung der DDR interpretierte einige Jahre später die Verschiebung des Kongresses dagegen als *deutliches Zeichen für „die Unsicherheiten in der Leitung der Volksbildung“*, die es versäumt habe, „die Funktion des Kongresses in der Klassenauseinandersetzung zwischen DDR und BRD, die sich zu diesem Zeitpunkt zuspitzte, genauer zu bestimmen“ (Gläser/Lost 1981, S. 30). Speziell die gesamtdeutsche Orientierung des Kongresses, welche die damals bildungspolitisch

¹³ Vgl. APWA-DZPI, AN: 1455.

Verantwortlichen in der DDR betonten, geriet später deshalb in die Kritik, weil der „Klassencharakter der Auffassungen der SED von den Beziehungen zwischen DDR und BRD und ihre neue Einschätzung der Lage im Herbst 1955 unberücksichtigt (blieben), ebenso die Tatsache, daß bis Mitte der fünfziger Jahre die reaktionäre bürgerliche Volksschule in der BRD voll reorganisiert war“ (Gläser/Lost 1981, S. 31).

An dem Kongreß nahmen schließlich zwar zahlreiche Anhänger des Schwelmer Kreises teil, doch sie waren eher Statisten als Akteure. Was nämlich die Anzahl der westdeutschen Redner betrifft, so blieb der Kongreß in der Tat hinter den von Minister Lange formulierten gesamtdeutschen Ansprüchen zurück. Neben Helling war es nur *Hans Klumb*, Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Mainz, der als westdeutscher Redner auf dem Kongreß zur Frage der polytechnischen Bildung sprach.

Der 1902 geborene Sozialdemokrat und Anhänger einer materialistischen Philosophie rühmte in seiner kurzen Ansprache nicht nur das DDR-Bildungssystem und das Projekt der polytechnischen Bildung, er sah auch im Hinblick auf die kommende Wiedervereinigung der Pädagogik wichtige Aufgaben gestellt. Angesichts der in der Bundesrepublik nach Klumbs Einschätzung „anlaufenden kleriko-faschistischen Reaktion oder Restauration ist es von ungeheurer Bedeutung, daß an einzelnen Stellen des Landes über ein Erziehungswesen nachgedacht wird, wie es als modernes Erziehungswesen für ein wiedervereinigtes Deutschland später Bedeutung gewinnen wird“ (Aufgaben und Probleme 1956, S. 327).

Die Kontakte zu Klumb wurden durch das DPZI hergestellt, dessen Vertreter ihn im Februar 1956 in Mainz besuchten. In einem Bericht an das Ministerium für Volksbildung, das die Einladung dann aussprach, heißt es: „Seine politische Einstellung ist durchaus fortschrittlich und er ist durch eine starke antiklerikale Haltung gekennzeichnet. Er sieht die politische Entwicklung in Westdeutschland äußerst kritisch und sieht insbesondere in der starken Verbindung des Klerus mit den faschistischen Elementen eine große Gefahr für die Entwicklung in Westdeutschland. Er bezeichnet diese Union als ‚klero-faschistische Verbindung‘. Die Entwicklung in der DDR und in der UdSSR verfolgt er sehr aufgeschlossen und offensichtlich mit großer Sympathie.“¹⁴ Dies waren Referenzen und politische Empfehlungen genug, um Klumb als Redner auf dem Kongreß auftreten zu lassen. Daß er sich dabei auch für das Konzept der polytechnischen Bildung einsetzte, ist in diesem Zusammenhang eher sekundär gewesen.

Der V. Pädagogische Kongreß mit etwa 1850 Delegierten und westdeutscher Beteiligung fand nach einer 7jährigen Pause in einem politischen Klima statt, das durch die Verurteilung Stalins in der UdSSR und in der DDR *auf eine Abkehr von politisch dogmatischen Positionen hoffen* ließ. Viele DDR-Pädagogen erwarteten von ihm neue Impulse und Vorschläge für Innovationen und Reformen ihres Bildungswesens sowie eine „größere Freiheit der Auseinandersetzung“ (Deiters 1989, S. 218). Aus der historischen Distanz muß man jedoch konstatieren, daß diese Erwartungen *gründlich enttäuscht*

¹⁴ Bericht über eine Dienstreise nach Mainz in der Zeit vom 12.–19. 2. 1956. In: APWA-DZPI, AN: 1957.

wurden. Selbst wenn 1956 die DDR-Pädagogen nochmals ihr Verhältnis zur Reformpädagogik intensiv, in Teilen differenziert und kontrovers diskutierten (Alt 1956)¹⁵, Kritik an der schematischen Übernahme der Sowjetpädagogik übten, die Stofffülle der Lehrpläne beklagten und auch öffentlich engagiert und ohne politische Demutsbekundungen über die Zukunft ihres Bildungssystems debattierten – zwei Jahre später wurden alle diese Ansätze als revisionistisch verurteilt.

In unserem Kontext ist der V. Kongreß deshalb von Interesse, weil er wie kein anderer Kongreß von einer gesamtdeutschen Rhetorik bestimmt war. Sein thematischer Schwerpunkt bildete „die Frage der Erziehung zum demokratischen Patriotismus“ (Groth 1955, S. 652), und dies war ein Thema, das auf die Intentionen der Schwelmer exakt zugeschnitten schien. Zudem war das Angebot an die befreundeten westlichen Pädagogen, in den verschiedenen Kommissionen mitzuarbeiten, ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der DDR-Pädagogik.

In seinem Hauptreferat betonte dann auch Fritz Lange die *Notwendigkeit einer Verständigung mit den bundesdeutschen Lehrern*. Denn die Lehrer in Ost und West haben nach seiner Überzeugung ein gemeinsames Ideal und eine gemeinsame Aufgabe: „Uns eint der Wille, Deutschland als einen unteilbaren, demokratischen und friedliebenden Staat herzustellen. Heute gilt es, das uns verbindende Gemeinsame in der Entwicklung des deutschen Schulwesens zum Wohle aller Kinder unseres Volkes zu finden und es tatkräftig zu entwickeln“ (Aufgaben und Probleme 1956, S. 47). Lange gestand in seiner Rede zwar ein, die DDR könne besonders auf dem Gebiet der Methodik von der westdeutschen Pädagogik lernen und Verständigungsbedarf meldete er auch in der Frage der Verbindung der Schule mit dem „Leben“ an. Aber er ließ andererseits keinen Zweifel daran, wie die DDR sich ein künftiges gesamtdeutsches Bildungssystem vorstellte. „Der friedliche, demokratische Weg“ auf dem Gebiet des Schulwesens hieß für den Minister,

„daß die großen Errungenschaften der demokratischen Schulreform in der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur aufrechterhalten bleiben, sondern fortgeführt und allgemein werden. Die Schule des künftigen geeinten Deutschland muß und wird eine demokratische Schule sein, in der nicht nur die großen fortschrittlichen Traditionen der deutschen Pädagogik eine Heimstätte, sondern auch die großen pädagogischen Erfahrungen aus allen friedliebenden, demokratischen Ländern höchste Beachtung finden werden. Diese Schule wird das Bildungsprivileg in ganz Deutschland brechen“ (Aufgaben und Probleme 1956, S. 52).

Es ist oben schon angedeutet worden, daß die Beteiligung des Schwelmer Kreises an den Vorbereitungen des Kongresses auch *Risiken* bargen. Dies sollte schon im Vorfeld deutlich werden. Denn die Anfang Juli 1955 in der „Deutschen Lehrerzeitung“ veröffentlichten Thesen zum Kongreß stießen im Westen auf so „heftigen Widerspruch, daß manche sich weigerten, an ihrer Beratung teilzunehmen. Ein bekannter Schulreformer schrieb: „Diese

¹⁵ Vgl. z. B. die Kontroverse zwischen Gerd Honendorf und dem Reformpädagogen Willy Steiger. In: Pädagogik 11 (1956).

Sätze können mir samt und sonders nicht als Diskussionsgrundlage dienen. Ein Verhandeln ist mir undenkbar, weil ich da einer Mentalität gegenüberstehe, die in glattes Nein verlangt“.¹⁶

Besonders starken *Protest* rief die zweite These hervor, wonach der Kongreß nachzuweisen habe, „daß die Schulreaktion in Westdeutschland sich von den historischen, in der ganzen Welt geachteten Traditionen der deutschen Pädagogik abwendet, deren humanistische und demokratische Grundsätze totschweigt, ihnen nationalistische Absichten und die imperialistischen und antihumanistischen Theorien der ‚freien Erziehung‘, der Pädologie, des Begabungsmythos, der Selbsterziehung der Kinder unterschiebt“ (Thesen 1955, S. 1).

Befremdet wurden auf westdeutscher Seite auch einige Passagen aus der Präambel der Thesen wahrgenommen, denn dort konnte man lesen:

„Die deutsche demokratische Schule erzieht die Jugend zur Ergebenheit gegenüber der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, zur festen Verbundenheit mit der Sache des Friedens und des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie erzieht junge Patrioten, die ihre Heimat grenzenlos lieben, die stolz sind auf die großen geschichtlichen Leistungen des deutschen Volkes, die deshalb die Feinde des Volkes hassen und bereit und entschlossen sind, für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu kämpfen und alle Errungenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik gegen jeden Anschlag zu verteidigen“ (ebd.).

Ganz offensichtlich kam *Kritik* nicht nur aus den westdeutschen Reihen des Schwelmer Kreises, sondern massiv auch von DDR-Lehrern. Zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung bemühte sich Minister Lange jedenfalls zu versichern, die Thesen „sind kein Dogma und bedürfen durchaus noch der Kritik“ (Lange 1955a, S. 2). Sie sollten dann bei den Vorberatungen der Kommissionen zum Kongreß auch nicht mehr die zentrale Rolle spielen, die ihnen ursprünglich zugeordnet war. Dies erleichterte den Pädagogen aus der Bundesrepublik ihre Teilnahme an den Beratungen. Bestärkt wurden sie dadurch, daß bei Fachberatungen die pädagogische „Reformbewegung sehr viel differenzierter behandelt“ wurde als in den veröffentlichten Stellungnahmen.¹⁷

In insgesamt 18 Sitzungen waren die führenden westdeutschen Mitglieder des Kreises an der Erarbeitung von Thesenpapieren der 9 Kommissionen beteiligt. Die erste der Zusammenkünfte fand am 15. 10. 1955 in Schwelm statt. Es kam hier „zu besonders lebhaften Diskussionen“¹⁸ und „zu einer sehr ernsten und erregten Auseinandersetzung“¹⁹ über das Konzept der „patriotischen Erziehung“ und die undifferenzierte Kritik der DDR am westdeutschen Schulsystem. Ganz offen wurden die Einwände „unserer westdeutschen Freunde“ sogar in der pädagogischen Publizistik der DDR beim Namen genannt, um sie in der Sache ebenso klar zurückzuweisen.²⁰

¹⁶ „Unser Weg“ v. 1. 9. 56, S. 5. In: Nachlaß Helling.

¹⁷ „Unser Weg“ v. 1. 9. 56, S. 10. In: Ebd.

¹⁸ Mitteilungen des Schwelmer Kreises vom Dezember 1955, S. 4.

¹⁹ „Unser Weg“ v. 1. 9. 56, S. 6.

Einen Monat vor Kongreßbeginn veröffentlichte der Arbeitsausschuß des Schwelmer Kreises ein Kommuniqué, das seine Beteiligung an den Beratungen zum Kongreß lobte, gleichzeitig aber bedauerte, daß Pädagogen aus der DDR umgekehrt nicht zur Vorbereitung der Jahreshauptversammlung der GEW und des 5. Berufsschultages eingeladen wurden. Schon vor Kongreßbeginn vermeldete der Arbeitsausschuß also Erfolg in Sachen deutsch-deutscher Gemeinsamkeit, daß von den westdeutschen Pädagogen „viele wertvolle Hinweise und Anregungen (kamen), die von den Pädagogen der Deutschen Demokratischen Republik dankbar aufgenommen, eingehend geprüft und gegebenenfalls berücksichtigt werden“.²¹

Noch in einem anderen Kontext waren die West-Schwelmer in die vorbereitenden Beratungen zum Kongreß eingebunden. Das DPZI hatte nämlich im Juni 1955 vier Arbeitskreise eingerichtet, die in „Rücksprache mit dem Ministerium für Volksbildung“²² – in Wirklichkeit im Auftrage des MfV – ihrerseits Thesen zum Kongreß vorbereiteten. Installiert wurden *Arbeitskreise zu folgenden Themen*:

I. Die Entwicklung der deutschen Erziehungstheorie in der Zeit des aufstrebenden Bürgertums und der Zeit des entstehenden Proletariats.

II. Die Entwicklung der deutschen Schule und Pädagogik von 1850 bis 1945.

III. Die pädagogische Entwicklung in Westdeutschland nach 1945.

IV. Bedeutung und Anwendung der Sowjetpädagogik.

An den Ausarbeitungen der ersten drei Arbeitsgruppen waren die West-Schwelmer aktiv beteiligt. Ihre Mitarbeit konzentrierte sich vor allem auf die Arbeitsgruppe III. In ihr arbeiteten 15 westdeutsche Pädagogen des Kreises, der auf ostdeutscher Seite von Edgar Drefenstedt, Leo Regener und Wolfgang Reischok geleitet wurde. Nach den Anfangsschwierigkeiten wertete Helling die Ergebnisse dieser Beratungen nicht nur als Erfolg, sondern schrieb es dem Einfluß der West-Schwelmer zu, daß das DPZI nun vor allem in der Beurteilung der Reformpädagogik zu einer differenzierteren Sichtweise gekommen sei und speziell die Fundamentalkritik an Kerschensteiner zurückgenommen wurde.

Man mag darüber spekulieren, ob die kurzzeitige Öffnung gegenüber der „bürgerlichen“ Reformpädagogik 1956 dem Einfluß von Helling und seinen Mitstreitern zuzuschreiben oder als Reflex auf die spezifischen Problemlagen der DDR-Schule zu lesen ist, wie sie beim Übergang vom ersten zum zweiten Fünfjahresplan 1955/56 deutlich wurden. Die Bereitschaft innerhalb des DPZI, sich wieder mit reformpädagogischen Fragen zu beschäftigen, scheint jedenfalls stärker ausgeprägt gewesen zu sein, als sie in der pädagogischen Publizistik 1956/57 zum Ausdruck kam.

Helling selbst ging in seiner kurzen Rede auf dem V. Pädagogischen Kongreß auf solche pädagogischen Fragen jedoch nicht ein. Statt dessen betonte er die *Notwendigkeit weiterer west-östlicher Zusammenarbeit* und pries die *Gemeinsamkeiten*, die nur durch „die verfluchte Propaganda des kalten Krieges bei uns“ (Aufgaben und Probleme 1956, S. 282) gestört würden. In

²⁰ „Die Diskussion ist eröffnet“. In: Deutsche Lehrerzeitung 2 (1955), Nr. 42, S. 1.

²¹ Pädagogik 11 (1956), S. 457.

²² Brief Dorst an Regener v. 23. 12. 55. In: Nachlaß Regener, AN: 7.

der ihm eigenen Emphase bedankte Helling sich zum Schluß seiner Rede dafür, daß „wir Westdeutsche einen tiefen Einblick bekommen (haben) von der Größe Ihrer Pläne, von der Kühnheit, mit der Sie für ein neues Zeitalter, eine neue Pädagogik schaffen wollen! Und jetzt fahren wir nach Hause in der Gewißheit, daß sich bei Ihnen ein neues Leben in der pädagogischen Arbeit entfalten wird“ (ebd.)

Während Helling die west-ostdeutsche Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Partnerschaft gestellt sehen wollte und DDR-Pädagogen nach dem Kongreß von einer „neuen Periode“ und einer „Wende“ sprachen, weil hier „die pädagogische Wirklichkeit, das Leben, das Kind“²³ wiederentdeckt worden seien, konnte man andererseits durch die dort verabschiedeten Entschlüsse über das Gegenteil belehrt werden. Die Ausführungen zur patriotischen Erziehung und zur polytechnischen Bildung lassen eher den Schluß zu, daß neben aller gesamtdeutschen Rhetorik die DDR den *Weg zum sozialistischen Bildungssystem und zur Eigenstaatlichkeit* weiter beschritten hatte.

Es mutet paradox an, wenn der Kongreß die pädagogische Selbständigkeit der Lehrer lobte und diese mit dem Hinweis begründete, ihre überwiegende Mehrzahl habe sich „als Funktionäre des Arbeiter-und-Bauern-Staates bewährt“ und sei auch „ideologisch-politisch gewachsen“ (Aufgaben und Probleme 1956, S. 407). Auch die hier formulierte Zielsetzung, nämlich die „Erziehung sozialistischer Menschen als eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“ (Aufgaben und Probleme 1956, S. 409), blieb in ihrer Denkform zwar anschlussfähig für das Konzept politischer Pädagogik des Schwelmer Kreises, sie ließ jedoch nur wenig an reformpädagogischem Gedankengut, kindzentrierter Erziehung oder gar an Konturen einer gesamtdeutschen Pädagogik erkennen.

4. Die Folgen: Die DDR-Pädagogik zwischen Aufbruch und politischer Formierung

Die pädagogische Publizistik der DDR – allen voran ihre führende theoretische Zeitschrift „Pädagogik“ – nutzte die Jahre 1956 und 1957, um zum einen kontrovers über die Frage der Allgemeinbildung und der Differenzierung schulischer Bildungswege zu diskutieren, zum anderen um die gesamtdeutschen Verständigungsbemühungen unter den Pädagogen öffentlich präsent zu halten. In einer Phase, in der sogar das MfV einige der die Lehrer reglementierenden Rechtsverordnungen aufhob und viele Pädagogen darin die Bekräftigung von Reformtendenzen im Sinne des Kongresses sahen, wagten auch die „Pädagogik“ und das DPZI zunächst sogar im Auftrag des Ministers Lange den Kampf gegen den „Dogmatismus“.

Werner Dorst schrieb im Januar 1957 von *neuen Anfängen* und einer „neuen Periode...“, auf allenthalben große Hoffnungen gesetzt werden“, kritisierte offen, „daß Ministerium macht immer noch Fehler“ und sah die Zeit gekommen, „eine deutsche sozialistische Schule“ zu schaffen (Dorst 1957, S. 1). Wiederentdeckt sah Dorst „die pädagogische Wirklichkeit, das Leben,

²³ Pädagogik 12 (1957), S. 1 f.

das Kind“ (ebd. S. 2) und lobte die wachsende Kritik von unten, die zwar noch in den Anfängen stecke, „aber das sind eben Anfänge, die uns die Zuversicht geben, daß wir auf neue Weise mit den neuen Aufgaben fertig werden“ (ebd.).

In dem *Gefühl des „neuen Aufbruchs“* (Dorst) öffnete sich die Zeitschrift sogar für Kontroversen zwischen west- und ostdeutschen Pädagogen, wie z. B. jener zwischen Helmut Stolz und dem Flensburger PH-Professor Werner Correll über die in der DDR ernsthaft diskutierte Frage, ob patriotische Erziehung die Erziehung zum Haß gegen „die Feinde des deutschen Volkes“ (Stolz 1956, S. 587) beinhalten müsse. Unzensuriert und mit einem wohlwollenden Kommentar der Redaktion eingeleitet, konnte Correll dagegen schreiben: „Pädagogik ist, sofern sie den Menschen zur eigenen Reife führen will, immer Pädagogik des Helfens, Heilens, Änderns und Verjüngens, und Haß hat dabei keinen Platz; er würde letztlich die Bankrotterklärung des pädagogischen Ethos, des Glaubens an die Erziehbarkeit, die Nichtfestgelegtheit des Menschen bedeuten“ (Correll 1957, S. 28). In seiner Replik antwortete Stolz mit einem Argument, das die ganze Problematik einer Pädagogik verdeutlicht, die mit dem Ziel der Menschheitsbefreiung den Menschen vergiftet und gegebenenfalls bereit ist, ihn für den progressiven Gang der Geschichte zu opfern, und dies noch mit Diesterweg- und Pestalozzi-Zitaten zu begründen weiß. Eine solche Argumentationsweise war keineswegs singulär, sondern wurde in der DDR-Pädagogik systematisch gepflegt. Der von ihr allzu häufig strapazierte Begriff der Menschheit wurde nämlich in einem Sinne verwendet, der sich gegenüber dem einzelnen Individuum völlig verselbständigt hatte und konsequent in eine „Erziehung zum Haß“ mündete:

„Es geht... hier nicht in erster Linie um die ‚Wandelbarkeit‘ des einzelnen, sondern um die Veränderung der Menschheit. Sind erst einmal die gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne des historisch Progressiven (und nur das ist revolutionär) umgestaltet, ist es sicherlich auch möglich, größere Teile der einstigen Ausbeuterklassen, gegen die die Volksmassen berechtigten Haß empfinden, umzuerziehen... Die berechnete Hochschätzung des Erziehungsfaktors, den die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse darstellen, darf nicht blind machen vor solchen Tendenzen (der Wiederherstellung alter Machtstrukturen, P.D.). Hier müssen die fortschrittlichen Kreise alle Kräfte einsetzen, um die restaurativen Elemente auszuschalten. Sie müssen auch die aus alter, jahrhundertelanger Erfahrung gewachsenen Erkenntnisse und Gefühle, also auch den Haß gegen die Ausbeuterklassen, wachrufen...“ (Stolz 1957, S. 102 f.).

Die für die damalige Zeit ungewöhnliche Offenheit und Risikobereitschaft sollte Teilen der Redaktion Ende 1957 zum Verhängnis werden. Der neue Aufbruch, den sich der Schwelmer Kreis in Ost und West vom V. Pädagogischen Kongreß erhofft hatte, wurde *jäh gestoppt*. Ein in Heft 9 und 10 der „Pädagogik“ erschienener Artikel von Hans Herbert Becker über das Wesen der Allgemeinbildung löste die tiefgreifende Krise der DDR-Pädagogik aus. Aufsehen und Anstoß erregte der Artikel nicht nur deshalb, weil hier eine Kerschensteiner-Kritik unter explizitem Bezug auf Argumente von Spranger und Litt vorgetragen wurde, sondern vor allem deshalb, weil

erein in der damaligen DDR-Pädagogik tabuisiertes Thema aufgriff, das der Differenzierung. Gegen Gottfried Uhlig gewandt, schlug Becker „den Übergang in die Oberschule bereits nach Beendigung der 6. Klasse vor“ (Becker 1957, S. 741) und stärkte damit die Position all jener, die in der damaligen Diskussion um das Konzept der Allgemeinbildung die Differenzierungsfrage nicht als schulpolitische Restauration abgespeist sehen wollten. Beckers Artikel war, wenn man die anderen, thematisch und in der Diktion ähnlichen Beiträge in der „Pädagogik“ der Jahre 1956/57 nachliest, sicher nur der Auslöser für *das politische Eingreifen der SED*.

Die Allgemeinbildungs-Diskussion fiel damals in eine Phase der DDR-Schulpolitik, in der der SED die ideologische Formierung der Schule noch nicht uneingeschränkt gelungen war. Offen war zudem noch die *Frage nach dem strukturellen Aufbau des allgemeinbildenden Schulsystems der DDR*. Nach einem Regierungsbeschluß vom März 1954 war die Einführung einer Prüfung zur mittleren Reife vorgesehen, die als Grundlage für den Übergang in Fachschulen dienen sollte. Diese Überlegungen trafen auf ein labiles Schulsystem und auf eine Pädagogik, die sich konzeptionell und personell in einer Umbruchsituation befand. Das Redaktionskollegium der „Pädagogik“ befaßte sich mit dem Thema erstmals am 17. 12. 1954, und schon damals wurden unterschiedliche Vorstellungen seiner Mitglieder deutlich, die sich in den nächsten Jahren nicht schlichten ließen.²⁴ Der Artikel Beckers war deshalb nicht die Ursache, sondern eher der Anlaß für das Eingreifen des Volksbildungsministeriums, um die Kontroversen administrativ zu beenden.

Volksbildungsminister Lange verlangte nämlich nach dem Erscheinen des Artikels ultimativ in einem Schreiben an den Chefredakteur „Genossen Dr. Neuner“ eine schriftliche Stellungnahme aller Mitglieder des Redaktionskollegiums, weil es höchste Zeit sei, „daß die pädagogische Wissenschaft zumindest versucht, das Wesen der Allgemeinbildung, und zwar einer *sozialistischen Allgemeinbildung*, zu bestimmen“.²⁵ Diese Aufforderung eskalierte dann zu jener *Kampagne „gegen die revisionistischen Tendenzen in der Pädagogik“*²⁶, die auch die Aktivitäten des Schwelmer Kreises nicht beeinflußt lassen sollte. Denn Teile der Redaktion hatten politisch offensichtlich zu viel gewagt, und der Abdruck des Becker-Artikels war jetzt das Alibi für eine Kurskorrektur, bei der allen voran Hans Siebert sich als Verfechter eines neuen marxistisch-leninistischen Kurses profilierte. Schon im Februar 1957 monierte er in einem Brief an das Redaktionskollegium, die Zeitschrift müsse ihre eigentliche Aufgabe „als wissenschaftliche Streitschrift (!) der marxistisch-leninistischen Pädagogik in Deutschland“ den

²⁴ Redaktionsprotokolle der Zeitschrift „Pädagogik“. In: APWA-DZPI, AN: 1843.

²⁵ Abschrift des Briefes. In: Nachlaß Regener, AN: 17.

²⁶ So der Titel einer im Duktus kollektiver Selbstkritik verfaßten Stellungnahme der Parteigruppe des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Pädagogik“, in der „dem Kampf um die Reinhaltung der marxistisch-leninistischen Theorie erstrangige Bedeutung“ zugemessen wurde. In: Nachlaß Regener, AN: 17.

Lesern deutlicher machen.²⁷ Zum erstenmal in der Geschichte der Zeitschrift wurden im Dezember dann die SED-Mitglieder der Redaktion zu einem separaten Treffen eingeladen, um nach dem alten, aus der KPD-Geschichte bekannten Muster kollektive Selbstkritik zu äußern.

Auf die politischen Entwicklungen, die der *XX. Parteitag der KPdSU* ausgelöst hatte, die durch den Ungarn-Aufstand vom Oktober 1956 forciert wurden und die dann zur Revisionismus-Kampagne in der SED und anderen kommunistischen Parteien führte, muß an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden (Anweiler 1988, S. 52 ff.). Sie bilden aber den Kontext, in dem sich die Veränderungen in der DDR-Pädagogik vollzogen, von denen auch die Geschicke des Schwelmer Kreises als gesamtdeutsches Unternehmen nicht unberührt bleiben sollten.

Auf der Sitzung der SED-Parteigruppe des Redaktionskollegiums am 6. 12. 1957, an der u. a. Alt und Deiters teilnahmen, formulierte Gerhart Neuner zu Beginn unmißverständlich die künftigen Erwartungshaltungen an die Redaktion. Es muß, so Neuner, eine Arbeitsweise sichergestellt werden, „*die in jedem Fall politisch richtige Entscheidungen und Entschlüsse gewährleistet*“.²⁸ Die Diskussionsbeiträge und Stellungnahmen zeigen deutlich, und dies war auch den Beteiligten klar, daß weder politisch noch wissenschaftstheoretisch Konsens in der Redaktion herrschte. Während Deiters den theoretischen Aspekt der Kontroverse betonte und sein positives Votum für den Becker-Artikel verteidigte, sah Alt seit dem *XX. Parteitag der KPdSU* einen „Zwiespalt“ im Kollegium, der „immer wieder dazu führte, daß Artikel mit einer falschen Tendenz in der ‚Pädagogik‘ erschienen“. Neuner machte pragmatische Gründe wie z. B. den großen Zeitdruck bei der Fertigstellung der Hefte für den Dissens verantwortlich, und er warnte zugleich davor, daß man bei „aller Konsequenz gegen den Revisionismus“ darauf bedacht sein müßte, „*daß es nicht zu einer Wiederbelebung des Dogmatismus kommt, der Kampf gegen den Dogmatismus ist nach wie vor notwendig*“.

Während einige Mitglieder der Parteigruppe wie Regener und Deiters sich in den politischen Bewertungen der Situation auffällig zurückhielten, spielte Hans Siebert die Rolle des eigentlichen Hardliners in dieser Frage. Er machte unmißverständlich klar, wohin der weitere Weg der DDR-Pädagogik führen sollte:

„Gen. Prof. Siebert erklärte, daß die ‚Pädagogik‘ eine Zeitschrift ist, um die marxistisch-leninistische Pädagogik zu propagieren. Dr. Winkler und Prof. Deiters waren für den Abdruck des Artikels von Becker; aber Becker hat hier die Position

²⁷ Brief Siebert v. 21. 2. 57. In: Nachlaß Regener, AN: 17. Über Aufgabe und Selbstverständnis der Zeitschrift kam es seit 1946 immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Redaktionskollegium und dem MfV. Bereits 1948 forderte das Ministerium in einer internen Denkschrift, es sei anzustreben, „daß marxistische Artikel der Zeitschrift ihr besonderes Gesicht geben“ (BA (ZSTA) R-2 435/113).

²⁸ Protokoll der Sitzung v. 6. 12. 57. In: Nachlaß Regener, AN: 17 (Hervorhebung, P. D.). Die folgenden Zitate sind dem Protokoll entnommen.

eines bürgerlich-liberalen Wissenschaftlers bezogen, folglich hätte der Artikel nicht in der ‚Pädagogik‘ erscheinen dürfen... Es geht nicht darum, ob über Differenzierung diskutiert wird oder nicht, sondern darum, daß diese Diskussion vom marxistischen Standpunkt aus geführt wird und nicht von einem Standpunkt aus, wie er in den sogenannten progressiven westlichen Zeitschriften vertreten wird... Es bestehen falsche liberalistische Auffassungen über den Meinungsstreit. Der Meinungsstreit unter marxistischen Pädagogen muß sich zugleich konsequent gegen revisionistische Auffassungen aller Art richten.“

Die Beschlüsse der SED-Parteigruppe waren Bestandteil und Auftakt zu jener *Revisionismus-Kampagne*, die das theoretische Profil der DDR-Pädagogik nachhaltig ändern sollte. Bereits im Januar-Heft 1958 wurden die ideologischen Verhärtungen und die Orientierung auf eine marxistisch-leninistische Pädagogik mehr als deutlich.

Radikalisiert wurde dabei auch das vom Schwelmer Kreis gestützte Konzept der patriotischen Erziehung zu einer „*Erziehung zum sozialistischen Patriotismus*“, die sich nicht an „wäßrigen, zahnlosen, ja teilweise sogar heuchlerischen Humanitätsidealen einer bürgerlichen Weltanschauung orientieren“ wolle, sondern eine „*Erziehung zu leidenschaftlicher Hingabefähigkeit für den Sozialismus*, für die Arbeiter-und-Bauern-Macht, einer Erziehung zu Freundschaft zwischen den Völkern und zum *Haß gegen die verschworenen Feinde des Sozialismus, des werktätigen Volkes*“ (Dorst/Neuner 1958, S. 11) propagiere.

Am 27. 11. 1957 verabschiedete die SED-Parteigruppe am Institut für Pädagogik der Universität Leipzig eine EntschlieÙung gegen die „Prinzipienlosigkeit“ in der pädagogischen Diskussion der DDR, in der auch die Politik des Redaktionskollegiums scharf verurteilt wurde. Sie hatte es, so der Vorwurf, zugelassen, daß Autoren zur Untermauerung ihrer Thesen Personen zitieren, „die ihr gesamtes wissenschaftliches und politisches Tun in letzter Zeit offen in den Dienst des Imperialismus gestellt haben, wie wir es zum Beispiel von Litt sagen müssen“.²⁹ Die Forderung der EntschlieÙung, solchen Tendenzen müsse die „Partei energisch entgegen-treten“ (ebd.), wurde in den nächsten Monaten bittere Realität.

Denn nicht nur theoretisch, auch *personell veränderte sich die Zeitschrift erheblich* und wurde endgültig zu dem, was Siebert forderte, eine „marxistisch-leninistische Streitschrift“. Kurz vor der Schulkonferenz der SED im April 1958, auf der mit den „Vorschlägen zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend“ die Weichen zur sozialistischen Umgestaltung des Bildungssystems gestellt wurden, verließ Becker die DDR.

Auch das DPZI wurde durch diese Entwicklungen betroffen. Der Revisionismus-Vorwurf richtete sich in erster Linie an seinen damaligen Direktor, *Werner Dorst*, und die Leiterin der Sektion IV, *Gertrud Klaus*. In zwei (Denunziations)-Schreiben eines DPZI-Mitarbeiters an das Ministerium für Volksbildung³⁰ werden Dorst nicht nur Sympathien für die „Konterrevolution in Ungarn“ unterstellt, sondern es wird auch darauf verwiesen,

²⁹ Pädagogik 13 (1958), S. 50.

³⁰ BAP (ZSTA) R-2 4655/33-37. Die folgenden Zitate stammen aus den Briefen.

„daß Dr. Dorst sich seit 1956 tatsächlich um eine neue, spezifisch deutsche Pädagogik bemühe, Bestrebungen, die zu einer *Abkehr von der Sowjetpädagogik* führen mußten. Auffallend war, daß Konferenzen, die Auffassungen der Sowjetpädagogik zum Gegenstand hatten, im DPZI nach 1955 kaum mehr stattfanden... Andererseits wurden Erscheinungen der bürgerlichen Pädagogik des öfteren diskutiert. Frau Klauß nahm vielfach Gelegenheit, in Sitzungen der Sektion und bei Arbeitsbesprechungen mit mir auf reformpädagogische Bestrebungen hinzuweisen“.

Obwohl weder Dorst noch andere DPZI-Mitarbeiter ein Anknüpfen an die Reformpädagogik der Weimarer Republik forderten, sondern eher der Linie Robert Alts folgten, daß es nicht angehe, „die Reformpädagogen in Bausch und Bogen zu verdammen“, man aber andererseits nicht in den Fehler verfallen dürfe, „sie heute durchweg als fortschrittliche Menschen zu bezeichnen“³¹, ist er schließlich am 31. 8. 1958 als Direktor des DPZI abberufen worden. Zunächst gegen Widerstände im MfV wurde seine Absetzung von der Parteileitung der SED am DPZI durchgesetzt, nachdem gegen ihn im Juli 1958 ein Parteiverfahren eröffnet wurde, um erneut die Umstände seiner NSDAP-Mitgliedschaft zu klären, was mit dem Ausschluß aus der SED endete. In dem Protokoll der erweiterten Leitungssitzung der SED-Brigade vom 1. 7. 1958 kann man nachlesen:

„Wir gingen im Parteiverfahren davon aus, daß Dorst gezwungenermaßen zur NSDAP kam, aber Tatsache ist, daß er vorher in der Reichswehr, im NSLB, dann Jungvolkführer war und erst dann in die SA ging. Er war Offizier und hatte das EK I. Deshalb wurde noch einmal diese Aussprache geführt. Er bot den Selbstmord an. Bei ihm gibt es noch faschistische Überreste. Er ist brutal und ein Herrenmensch und steht nicht ehrlich zur Partei... Klar ist auch nicht die Frage mit Ungarn... Diese Punkte führten zum Parteiausschluß. Denn er ist im Prinzip Faschist geblieben.“³²

Dorsts Versuch, die ideologische Wende mitzuvollziehen, kam zu spät. Auch Gertrud Klauß fiel der personellen Säuberung im DPZI zum Opfer. In einer internen Denkschrift des MfV vom 8. September 1958 wurden die vermeintlichen Fehler des DPZI aufgelistet, die politischen und personellen Konsequenzen bis in die unteren Ebenen hinein formuliert. In ihr hieß es unter anderem:

„Das DPZI hat seine hauptsächlichen Aufgaben als staatliches Organ unserer Arbeiter- und Bauern-Macht nicht erfüllt. Weder die Parteitagebeschlüsse noch die im Statut genannten allgemeinen Aufgaben wurden zielstrebig verwirklicht... Die Forschungsarbeit beruht nicht auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus, war nicht nur auf Hauptaufgaben konzentriert, sondern verlor sich in untergeordneten Fragen: Im Vordergrund standen nicht die ideologisch-politischen Grundfragen, sondern fachlich-methodische Fragen. Auch die Erfahrungen der sozialistischen Pädagogik in der Sowjetunion und den Volksdemokratien wurden

³¹ Protokoll der Redaktionssitzung der „Pädagogik“ v. 20. 1. 1956. In: APWA-DPZI, AN: 1843.

³² (BA(ZSTA) R-2/4657/360).

nicht genügend ausgewertet und für die Ausarbeitung einer sozialistischen Pädagogik in der DDR genutzt... Das ungenügende Studium des Marxismus-Leninismus, der Parteitagebeschlüsse und der Parteiliteratur ist eine wesentliche Ursache dafür, daß sich im DPZI bürgerlich-pädagogische Auffassungen längere Zeit behaupten konnten, opportunistischen und revisionistischen Ansichten nicht widersprochen wurde und sich eine kleinbürgerliche Einstellung zu allen Grundproblemen unserer gesellschaftlichen Entwicklung ausbreitete... Der Direktor, Genosse Dr. Dorst, orientierte das DPZI völlig ungenügend auf die ideologisch-politischen und pädagogischen Hauptaufgaben. Es stand nicht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, vertrat zeitweise opportunistische und revisionistische Ansichten und wich vor dem Druck der bürgerlichen Ideologie zurück... Ein großer Teil der jetzigen Mitarbeiter besitzt nicht die erforderliche Qualifikation, um die Erfüllung der neuen Aufgaben zu gewährleisten. Dieser Teil der Mitarbeiter ist in die unmittelbare Unterrichtstätigkeit zurückzuführen.“³³

Eingeleitet wurde mit dieser dramatischen Entwicklung und Kurskorrektur in der DDR-Pädagogik auch das *Ende der prominenten Stellung, die der Schwelmer Kreis zeitweise eingenommen hatte*. Es mutet paradox an, daß die „deutschen Patrioten“ gerade in jenem Moment, in dem die DDR-Pädagogik das Konzept der patriotischen Erziehung radikalisierte, aus deren pädagogischer Publizistik verbannt wurden. Der Schwelmer Kreis verlagerte den Schwerpunkt seiner Arbeit daraufhin weitgehend in die Bundesrepublik, auch weil er sich inzwischen die Zwei-Staaten-Theorie zu eigen gemacht hatte.

Fazit

Nach Anweilers These war eine gesamtdeutsche Pädagogik mit gemeinsamen Grundmustern des Bildungssystems seit 1948 bereits chancenlos (Anweiler 1991). Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Dennoch stellt sich die Frage, *warum Teile der DDR-Pädagogik bis 1956/57 die gemeinsame deutsche Bildungstradition*, die gemeinsame pädagogische Verantwortung für die nachwachsende Generation *betonten* und an der Idee des deutschen Nationalstaates und seiner demokratischen Entwicklung festhielten. Der naheliegendste Grund ist natürlich in der Deutschlandpolitik der SED zu finden, die durch eine schnelle Wiedervereinigung die militärische Westintegration der Bundesrepublik verhindern wollte. Die elementare Angst vor einem dritten Weltkrieg mobilisierte vor allem Pädagogen der älteren Generation aus dem Milieu der „Entschiedenen Schulreformer“. Sie betonten die politische Verantwortung der Lehrerschaft zum Erhalt des Friedens, aber es ging ihnen auch um die Bewahrung der gemeinsamen deutschen pädagogischen Kulturtradition. Schließlich sahen vor allem die Pädagogen aus der DDR in ihrem Bildungssystem das Vorbild für ein wiedervereinigtes Deutschland, in dem das Grundrecht auf Bildung für alle realisiert sein sollte.

³³ BA (ZSTA) R-2 4657/2 ff. Der von Manfred Müller verfaßte 48seitige „Bericht über die Überprüfung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ ist mit dem handschriftlichen Vermerk versehen: „Bericht an Honecker weitergeleitet“.

Das Ziel einer neuen deutschen Nationalerziehung, so ihre Überzeugung, lag am Ende des Weges, den die SBZ/DDR seit 1946 beschritten hatte. Auf der Ostertagung des Schwelmer Kreises 1955 sah Heinrich Deiters, daß „die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Erziehungswesens... nach der Zeit der Spaltung ein hartes Werk sein und schwere Kämpfe kosten“ werde (Deiters 1955, S. 419), und er ging wie selbstverständlich davon aus, das neue Bildungssystem werde nicht hinter das Niveau zurückfallen dürfen, das die DDR vorgegeben hatte. Den Versuchen, die Option für eine künftige gesamtdeutsche Pädagogik offenzuhalten, war im Westen kein Erfolg beschieden. Die erhoffte *Kooperation zwischen den Lehrgewerkschaften kam ebensowenig zustande wie die Zusammenarbeit zwischen den Repräsentanten beider Erziehungswissenschaften.*

Schließlich kann man an den Folgen des V. Pädagogischen Kongresses in den Jahren 1956/57 sehen, daß die DDR-Pädagogik damals keineswegs jene monolithische Struktur aufwies, die ihr die westdeutsche Pädagogik häufig unterstellte. Aber sie beschritt seit 1958 einen Weg, der Gemeinsamkeit theoretisch und bildungspolitisch ausschloß. Sie war ein Teil des Machtapparates der SED und nicht ihr Opfer, wie manche der Akteure (Neuner 1991) es nun darzustellen versuchen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv – Abteilung Potsdam: BA (ZSTA), Akten des Ministeriums für Volksbildung (MfV)

Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung – Zentrales Parteiarchiv der SED (IfGB-ZPA).

Nachlaß Fritz Helling: Stadtarchiv Schwelm.

Nachlaß Leo Regener: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APWA).

Nachlaß Gertrud Rosenow: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APWA).

Oestreich-Archiv: Nachlaß Paul Oestreich Universität Würzburg.

Verwaltungsarchiv des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APWA-DPZI).

Literatur

Alt R.: Über unsere Stellung zur Reformpädagogik. In: Pädagogik 11 (1956), S. 345–367

Anweiler O.: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR. Opladen 1988

Ders.: 1948/49 – Schlüsseljahre deutscher Bildungsgeschichte. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 39 (1991), S. 20–26.

Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956. Berlin 1956.

Becker H. H.: Über das Wesen der Allgemeinbildung und einige aus ihm sich ergebende Folgerungen für das System der Volksbildung. In: Pädagogik 12 (1957), S. 663–676, S. 727–746.

Corell W.: Hassen oder Helfen? In: Pädagogik 12 (1957), S. 26–28.

Deiters H.: Die heutige Verantwortung des deutschen Lehrers für die Jugend. In: Pädagogik 10 (1955), S. 417–425.

- Ders.: *Bildung und Leben. Erinnerungen eines deutschen Pädagogen.* Köln/Wien 1989.
- Dorst W.: *Unser Wort.* In: *Pädagogik* 12 (1957), S. 1–4.
- Dorst W./Neuner G.: *Für eine marxistisch-leninistische Pädagogik.* In: *Pädagogik* 13 (1958), S. 6–19.
- Drefenstedt E.: *Die pädagogischen Pflingstkongresse 1956 in gesamtdeutscher Sicht.* In: *Pädagogik* 11 (1956), S. 956–963.
- Dudek P.: *Gesamtdeutsche Pädagogik im Schwelmer Kreis, Geschichte und politisch-pädagogische Programmatik 1952 – 1974,* Weinheim/München 1993.
- Eierdanz J./Heinemann K.-H. (Hrsg.): *Fritz Helling. Pädagogen in gesellschaftlicher Verantwortung. Ausgewählte Schriften eines entschiedenen Schulreformers.* Frankfurt/M. 1988.
- Gläser L./Lost Ch.: *Die Entwicklung des Volksbildungswesens in der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1956–1958. Monumenta Paedagogica Band XIX.* Berlin 1981.
- Groth W.: *Die Verbesserung der patriotischen Erziehung – die erste Aufgabe des V. Pädagogischen Kongresses.* In: *Pädagogik* 10 (1955), S. 651–663
- Heidenreich F.: *Zum Wirken Oestreichs im Schwelmer Kreis.* In: *Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (Hrsg.): Prof. Dr. h. c. Paul Oestreich 1878 – 1959.* Berlin 1978, S. 80–86.
- Heinemann K.-H./Kluthe W.: *Die Verteidigung des demokratischen Humanismus gegen den Kalten Krieg. Zur Geschichte des Schwelmer Kreises von 1952 bis 1960.* In: *Demokratische Erziehung* 5 (1979), S. 315–327.
- Helling F.: *Der humanistische Auftrag der deutschen Pädagogen.* In: *Schule und Nation* 1 (1954), H. 1, S. 9–15.
- Himmelstein K./Kluthe W.: *Vor 25 Jahren: Der Schwelmer Kreis.* In: *Demokratische Erziehung* 3 (1977), S. 245–249.
- Lange F.: *Zur Schulsituation in Westdeutschland.* In: *Deutsche Lehrerzeitung* 2 (1955), Nr. 30 (Beilage).
- Ders.: *Auf dem Wege zum V. Pädagogischen Kongreß.* In: *Deutsche Lehrerzeitung* 2 (1955a), Nr. 39, S. 1–2.
- Ministerium für Volksbildung (Hrsg.): *Dr. 4. Pädagogische Kongreß vom 23. bis 25. August 1949,* Berlin/Leipzig 1949.
- Neuner G.: *Pädagogische Wissenschaft in der DDR.* In: *Die Deutsche Schule* 83 (1991), S. 280–295
- Oestreich P.: *Unsere Aufgabe.* In: *Der Pflüger. Sonderheft* 2, 1954, S. 52–53.
- Overesch M.: *Die gesamtdeutsche Konferenz der Erziehungsminister in Stuttgart am 19./20. Februar 1948.* In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 28 (1980), S. 248–285.
- Schwelmer Kreis: *15 Jahre Schwelmer Kreis. Wortlaut einer Verlautbarung des Arbeitsausschusses des Schwelmer Kreises.* In: *Schule und Nation* 13 (1967), H. 3, S. 1–2.
- Stolz H.: *Sollen wir zum Haß erziehen?* In: *Pädagogik* 11 (1956), S. 587–594.
- Ders.: *Erziehung zum Haß – ja oder nein?* In: *Pädagogik* 12 (1957), S. 102–105.
- Thesen zum V. Pädagogischen Kongreß in Leipzig. In: *Deutsche Lehrerzeitung* 2 (1955), Nr. 27 (Beilage), S. 1–2.
- Weber H.: *DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990.* Hannover 1991.

Peter Dudek; geb. 1949, Prof. Dr.,
 Anschrift: Ziegelstr. 3, 6463 Freigericht 1